

Demonstranten stoppten Bohrungen

In der Lobau fuhrn am Montag die Bohrmaschinen vor, Aktivisten verhinderten ihre Inbetriebnahme: Bau des Straßentunnels unter der Au bleibt umstritten



Patt in der Au: Hinterm Bauzaun fanden sich neben der Maschine auch Gegner.

Wien – Montagmittag herrscht gute Stimmung in der Lobau: Ein Dutzend Demonstranten hat es sich innerhalb des Zaunes, der eine Bohrmaschine umgibt, gemütlich gemacht, es wird Kaffee ausgeschenkt. Nicht weit davon entfernt, beim Ölhafen, stehen rund 25 Aktivisten um die Bohrmaschine, die von einem einsamen Asfinag-Mitarbeiter bewacht wird. Dazu liest jemand aus Endes "Momo" vor, der Geschichte von den Zeitdieben.

Die Asfinag wollte am Montag um 6:30 Uhr im Nationalpark in der Wiener Lobau an drei Standorten mit umstrittenen Probebohrungen für den Lobau-Tunnel beginnen – obwohl laut Bescheid die Bauzeiten nur zwischen 8 und 19 Uhr zugelassen sind, wie Umweltschützer betonen. Bis Anfang März hat die Autobahngesellschaft Zeit, die 18 notwendigen Bohrungen im Naturschutzgebiet durchzuführen. Weit kamen die Maschinen nicht: Aufgrund von Blockaden durch die Öko-Aktivisten, die seit 1. November in der Lobau campieren, konnte vorerst nicht gebohrt werden. Eine Maschine, die von Norden zufahren wollte, wurde durch auf der Straße liegende und sitzende Demonstranten an der Einfahrt gehindert. An einem zweiten, weiter südlich gelegenen Standort wurde die Bohrstelle bereits eingezäunt, sechs Personen ließen sich mit einsperren. Am Ölhafen wurden Arbeiter bereits am Aufstellen des Zaunes gehindert. Die Polizei, die mit 40 Personen an Ort und Stelle war, beließ es dabei, die auf rund 100 Personen angewachsene Gruppe von Demonstranten zu beobachten. So lange es nicht zu Sachbeschädigungen komme, werde man nicht eingreifen, hieß es vonseiten der Einsatzleitung.

"Gesetzlicher Auftrag"

"Die Asfinag hat den gesetzlichen Auftrag, die Nordostumfahrung zu bauen und sie wird ihn auch erfüllen", stellte Projektleiter Christian Honeger die Position der Asfinag klar. "Die Bohrungen sind unverzichtbar und entsprechen allen gesetzlichen Rahmenbedingungen." In Gesprächen sollen auch die Lobau-Besetzer davon überzeugt werden. Dazu wurde am Montagnachmittag zum Info-Gespräch geladen. Für Wolfgang Rehm von der Umweltorganisation Virus ein "Affront". Ernsthafte Gespräche könnten erst beginnen, wenn die beiden Bohrgeräte abgezogen würden. Dennoch wurde geredet, wenn auch von unverrückbaren Standpunkten aus. Die Straße bringe den Anrainern nichts, wendeten die Gegner ein. Die Stadt Wien stehe "eindeutig zu diesem Projekt", hielt Stadtbaudirektor Gerhard Weber dagegen. Wir werden unsere Maschinen nicht abziehen, die Demonstranten müssen hinter den Bauzäunen hervorkommen, legte sich die Asfinag fest.

Die Straßenbauer wollen nächste Woche mit den Bürgermeistern der Anrainergemeinden und dem Bezirksvorsteher der Donaustadt über die weitere Vorgehensweise beraten.

Vorstandsdirektor Mathias Reichhold appellierte an die "Vernunft aller", um das "weltweite Vorzeigeprojekt" zeitgerecht realisieren zu können. Zwischen 2009 und 2015 soll der 8,5 Kilometer lange Tunnel unter der Donau und der Lobau als Teil des Regionenrings errichtet werden, die Kosten für den 19 Kilometer langen Abschnitt zwischen Schwechat und Süßenbrunn belaufen sich auf 1,6 Milliarden Euro.

Während Asfinag und Stadt Wien auf die Verkehrsentslastung durch den Umfahrungsring verweisen, fordern die Grünen eine andere Streckenvariante. Greenpeace fordert einen raschen Verkehrsgipfel, "um eine klimaverträgliche Lösung für den Verkehr in Ostösterreich zu erzielen". (Karin Krichmayr/DER STANDARD, Print-Ausgabe, 28.11. 2006)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2674640>